



Rund 13 Millionen Verbraucher sorgen inzwischen mit einem Riester-Produkt fürs Alter vor. Die Auswahl gleicht häufig einer Lotterie.

DPA

## Die Wahrheit über Riester

Riester-Produkte sind intransparent und teuer. In der FR erklären Fachleute, was die Politik jetzt ändern muss. Sonst profitiert nur eine von der privaten Vorsorge: die Finanzindustrie. Seiten 15-17

Von Bernd Salzmann

Für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ist die Welt noch in Ordnung. Auf der Homepage des Ministeriums wird die Riester-Rente als das Nonplus-ultra dargestellt, um im Alter nicht in eine Renten-Lücke zu stürzen.

Die Riester-Rente sei „das Instrument, das Sicherheit bietet und sich am meisten lohnt“. Die Wahrheit aber ist eine andere. Neue Studien zeigen, dass die Riester-Rente sich sehr wohl lohnen kann, aber längst nicht immer hält, was die Bundesregierung verspricht. Allein einer gewinnt immer: Die Finanzindustrie.

Von der zuständigen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) fordert der Verbraucherverband (VZBV) daher eine „Generalinspektion der Altersvorsorge“. Acht Jahre nach Einführung der Riester-Rente sei es „höchste Zeit, die Effektivität und Effizienz der Altersvorsorge auf den Prüfstand zu stellen“, erklärt VZBV-Chef Gerd Billen.

Tatsächlich fällt die Zwischenbilanz alles andere als zufriedenstellend aus. Eine Rentenversicherung mit Riester-Förderung bietet den Sparern trotz staatlicher Zulagen oft weniger Leistung als eine ungeforderte Privatrente. Wie das Verbrauchermagazin Öko-Test in einem für Januar angekündigten Sonderheft zur Riester-Rente vorab berichtet, sind die Vertragskosten bei Riester-Renten fast immer höher als bei Privatrenten, so dass ein Großteil der versprochenen Verzinsung dadurch aufgezehrt wird. Mit anderen Worten: Die Fi-

nanzindustrie nutzt die Gunst der Stunde und macht sich die Taschen voll.

Bei den von Öko-Test geprüften Modellfällen hatten den Angaben zufolge Riester-Sparer zu Rentenbeginn bis zu 3263 Euro weniger Garantiekapital und bis zu 14 373 Euro weniger an Gesamtkapital auf dem Konto als bei einer ungeforderten Privatrente.

Auch die Rentenleistung fällt demzufolge bei Riester-Verträgen oft geringer aus. In einem Vergleichsfall sei einem 35-Jährigen bei einer Vertragslaufzeit von 30 Jahren und einer jährlichen Einzahlung von 2100 Euro eine Rentenleistung prognostiziert worden, die um 540 Euro pro Jahr unter der einer Privatrente gelegen habe.

Die Suche nach einem staatlich gefördertes Riester-Produkt zur Altersvorsorge gleicht eher „einer Lotterie“ als fairem Wettbewerb, sagt auch Andreas Oehler: Die Verbraucher könnten die Kosten für Abschluss und Verwaltung sowie für einen Vertragswechsel oft kaum erkennen und daher auch nicht vergleichen, heißt es in einer Studie des Bamberger Professors für den VZBV.

Oehlers Bestandsaufnahme liest sich wie eine chronique scandaleuse. Laut dem Gutachten halten nur knapp die Hälfte der Anbieter von Riester-Produkten nutzbare Kosteninformationen für den Verbraucher bereit. Fast 40 Prozent der Angebote weisen die Kosten nicht wie vorgeschrieben in Euro aus oder machen nur teilweise Angaben dazu.

Ein Drittel der Angebote enthält demnach keine Angaben zu den

Kosten eines Vertragswechsels, und fast ein Viertel keine hinreichenden Angaben zu den Abschluss- und Verwaltungskosten.

Die Untersuchung zeige zudem „dramatische“ Unterschiede zwischen und innerhalb der Produktgruppen, erklärte der VZBV. Als Ergebnis landeten staatliche Fördergelder vielfach nicht bei den Berechtigten, sondern als Provision bei den Anbietern. Ein untragbarer Zustand. Besonders schlimm daran ist: Der Staat schaut zu, wie die Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften mit ihren Kunden umspringen, und er unternimmt nichts dagegen. Erst drängt die Politik die Arbeitnehmer in die kapitalgedeckte Rentenversicherung, dann lässt sie sie allein.

### Die staatlichen Zulagen klingen verlockend. Vorsicht ist trotzdem geboten

Rund 13 Millionen Verbraucher sparen nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hierzulande bereits mit einem Riester-Produkt Geld fürs Alter. Für entsprechende Anreize sorgt der Staat mit Zulagen. Für Familien sind mehrere hundert Euro drin – pro Jahr.

Die staatlichen Zulagen klingen verlockend, schlimm daran aber ist: Sie suggerieren, dass ein Produkt in jedem Fall gut ist, weil der Staat es für zulagenwürdig hält.

Doch kritische Studien zeigen, dass Vorsicht geboten ist. In einem „Testlauf für den Ruhestand“ betitelten Artikel berichtet das Wirtschafts-

magazin über Versicherungen, die sich stur stellten, als detaillierte Kosten für ihre Riester-Produkte abgefragt wurden. Begründung: Fehlanzeige.

Uwe Wystup, Professor für Quantitative Finance an der Frankfurt School of Finance & Management und Leiter des Beratungs- und Softwarehauses Math-Finance, vermutet in seiner Studie für Euro sogar, „selbst Mitarbeiter der Versicherungen können die Fragen zu den Kosten kaum exakt beantworten, weil die Vertragsdokumente so kompliziert sind“.

Im Interview mit der Frankfurter Rundschau fordert er „auf einem Blatt Papier eine genaue Aufschlüsselung, was ich zahle als Anleger“. Wystup hat Angebote verglichen und herausgefunden, dass pro Jahr bis zu 20 Prozent des eingezahlten Kapitals als Gebühr kassiert werden. „Da besteht ganz klar Handlungsbedarf aufseiten der Politik“, zieht er nach acht Jahren Riester-Rente Bilanz.

Die Verbraucherschützer ziehen am gleichen Strang. Angesichts der schlechten Urteile der Oehler-Studie forderte der VZBV nun, die Produkt- und Kosteninformationen der Angebote müssten alle wesentlichen Informationen verständlich ausweisen und standardisiert werden.

Verbrauchern müsse es etwa durch vergleichbare Kosten-Kennziffern zudem ermöglicht werden, auch zwischen verschiedenen Produktgruppen – also etwa einer Rentenversicherung und einem Aktienfonds – zu vergleichen.

Dabei allein darf es freilich nicht bleiben. Transparenz allein sorgt

noch nicht unbedingt dafür, dass die Kosten schrumpfen. Riester-Kritiker sind sich einig: Wichtig wäre ein Deckel auf die Kosten. Die Finanzindustrie, in Folge der Einführung der Riester-Rente vom Staat ohnehin mit einem Extraprofit beschenkt, soll sich zum Wohle ihrer Kunden, der späteren Rentner, bescheiden. Sollte sie das nicht tun, könnte der Staat mit eigenen Angeboten günstige und sichere Alternativen bieten.

Professor Oehler etwa fordert, „bis zum Renteneintritt mit 67 darf die Gesamtkostenbelastung eine Riester-Vertrages nicht höher sein als 20 Prozent der staatlichen Zulagen“. Außerdem müssten die Gesamtkosten zwingend „gleichmäßig auf die gesamte Laufzeit“ verteilt werden.

Die Bundesregierung reagiert auf die Kritiker und ihre Vorschläge jedoch selbstgefällig. In einer Fragestunde des Bundestages antwortete das Arbeitsministerium der Abgeordneten Caren Lay (Die Linke), die Kritik sei „unsachgemäß und nicht nachvollziehbar“.

„Müssten nicht Angebote mit staatlicher Förderung besonders kostengünstig sein?“, kontert Professor Oehler in einem exklusiven Beitrag für die Frankfurter Rundschau.

Alle Hoffnungen ruhen nun auf den Abgeordneten. Der Finanzausschuss des Bundestages hatte bereits im November 2008 ein Gutachten zur „Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten“ verlangt, das schließlich vom Ministerium in Auftrag gegeben wurde und im März 2010 vorliegen soll.

